

Zitate: „Ich weiß nicht, welche Waffen im nächsten Krieg zu Anwendung kommen, wohl aber, welche im übernächsten: Pfeil und Bogen.“ Albert Einstein, 1879-1955

"Die medizinische Wissenschaft hat in den letzten Jahrzehnten so ungeheure Fortschritte gemacht, daß es praktisch keinen gesunden Menschen mehr gibt." Aldous Huxley, britischer Schriftsteller 1894-1963

"Ausführungsbestimmungen sind Erklärungen zu den Erklärungen, mit denen man eine Erklärung erklärt." Abraham Lincoln, 16. Präsident der USA, geb. 1809, ermordet 1865.

UNO – Migration • In den gängigen Medien wurde wenig darüber berichtet, in der Öffentlichkeit wurde sie kaum wahrgenommen: die 8-seitige »**Marrakesh Political Declaration**«. 58 europäische und afrikanische Staaten waren an der Konferenz diesen Jahres in Marokko beteiligt. **Sie ist ein weiterer Türöffner für die Massmigration aus Afrika nach Europa. Schritt für Schritt für Schritt, Unterzeichnung für Unterzeichnung, wird der »Globale Migrationspakt« auf den Weg gebracht.** Die Idee dahinter ist, die weltweite Völkerwanderung zu steuern. **Rund 300 Millionen Menschen sind derzeit auf dem Weg, sei es als Flüchtlinge, sei es als Wirtschaftsmigranten. Nur Ungarn hat sich geweigert, das Dokument zu unterzeichnen.** Es geht darum, Millionen Menschen aus Afrika die Migration zu erleichtern. **Dadurch sollen auch Wirtschaftsmigranten den Status von Flüchtlingen erhalten.**

Zusätzlich laufen die Verhandlungen für das **"Global Compact for Migration" der UN** (34 Seiten). **Darin geht es nicht darum, die Massmigration nach Europa zu stoppen, sondern diese zu legalisieren.**

Dafür sollten neue Wege gefunden werden, wie Afrikaner nach Europa kommen können. UN-Generalsekretär Antonio Guterres lobte die Verhandlungsfortschritte. Ein wichtiges Thema für die Europäer dort war auch, wie mit der angeblichen »Xenophobie«, dem »Rassismus« und der »Diskriminierung« in Europa umgegangen werden sollte. **Die USA haben an den Verhandlungen gleich gar nicht teilgenommen. Der sogenannte „Globale Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration“ der UN soll am 10. und 11. Dezember 2018 in Marokko von den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen (UN) unterzeichnet werden.** Im Kern beinhaltet dieser Pakt **die Gleichstellung von Migranten aller Art, unabhängig von ihrem Status, mit legalen echten Flüchtlingen**, die einen Schutzstatus genießen. **Dies hätte zur Folge, daß künftig Staaten gemäß den neuen UN-Richtlinien gegen die „Menschenrechte“ verstoßen würden, wenn sie illegale Einwanderer ausweisen oder illegale Grenzübertritte unter Strafe stellen.** Wann immer Menschen sich in einer „schwierigen“ Lage – wozu gemäß der UN schon Ernährungsunsicherheit, Armut oder die „Folgen des Klimawandels“ zählen – befinden, könnten sie beispielsweise nach Europa kommen und Zugang zu allen sozialen Sicherungssystemen erhalten. Voraussichtlich werden 191 von 193 UN-Mitgliedsstaaten den globalen Migrationspakt unterzeichnen, **alle außer den USA und Ungarn.** US-Präsident Donald Trump hatte den Rückzug seines Landes aus den

Vertragsverhandlungen bereits frühzeitig angeordnet, **nachdem klar wurde, worum es eigentlich geht. Die UN-Botschafterin der USA, Nikki Haley, erklärte, daß der globale**

Ansatz des Vorhabens „nicht mit der Souveränität der USA zu vereinbaren“ sei.

Zusammenfassung: Der "Globale Pakt für Migration" soll garantieren, daß zwischen allen Mitgliedsstaaten der UN Migranten ständig und geordnet in andere Länder einwandern können. Das haben die UN-Funktionäre schon in der Generalversammlung am 19.9.2016 mit der "New Yorker Erklärung" beschließen lassen. Die Rechte der Migranten sollen gestärkt und **die Zielländer zur unbeschränkten Aufnahme verpflichtet werden. Die angestammte Bevölkerung könnte sich nicht dagegen wehren, denn die UNO plant eine dauerhafte, geordnete Massmigration mit Aufnahme-pflicht. Einwanderung wird zum "Menschenrecht". Geplant ist die Einwanderung von mindestens 70 Millionen Afrikanern in den kommenden 20 Jahren, plus natürlich die bereits in der Barcelona-Deklaration festgelegten 30 Millionen Moslems.**

• In den 1970er-Jahren war **Schweden** das viertreichste Land der Welt, die Arbeitslosigkeit lag knapp über Null. Es fiel den Schweden leicht, großzügig zu sein und **in großem Stil Migranten aus der Dritten Welt aufzunehmen.** Doch was ist aus diesem **unumkehrbaren Sozialexperiment**, wie es noch kein reicher Staat jemals versucht hatte, geworden? Die Fakten sind derart erschreckend, daß man versucht, sie möglichst unter Verschuß zu halten. **Heute: 42 Prozent der (Langzeit)-Arbeitslosen sind Immigranten. Die Einwanderer beanspruchen 58 Prozent der Sozialhilfeleistungen – deutlich mehr als alle Schweden zusammen.** Im Jahre 2016 überstieg die Zahl der ausländischen Arbeitslosen erstmals die der einheimischen (162.500 gegenüber 160.600). Selbst 15 Jahre nach der Einwanderung erreicht die Beschäftigungsquote gerade einmal 60 Prozent. **Viele Immigranten bleiben für immer unterqualifiziert und sind auf dem Arbeitsmarkt nicht vermittelbar. Von den nach dem Jahr**





Fachkraft des Monats

2000 Immigrierten verfügen etwa 20 Prozent maximal über eine Grundschulbildung. Auf Vorbildung, Intellekt, Qualifikation haben die Schweden bei der Bewilligung von Aufenthaltsgenehmigungen aus „humanitären Gründen“ nie geachtet. **Bandenkriege** nehmen zu, aber auch brennende Autos, Tötungsdelikte auf offener Straße, An-

schlagsserien mit Bomben und Handgranaten. **80 Prozent der schwedischen Polizeibeamten haben inzwischen schon darüber nachgedacht, ihren Dienst zu quittieren.** Gründe: Schlechte Bezahlung zunehmende Gefährlichkeit der Arbeit und **Gerechtigkeit à la Schweden: Somalier muß für Autodiebstahl, Raub und Kindesvergewaltigung nur 150 Stunden Sozialarbeit leisten.**

• **Kurzmeldungen:** ♦ **Englands** Polizei hat die Kontrolle über zahlreiche Städte verloren. ♦ **Italiens** Regierung will die Leistungen für Flüchtlinge deutlich einschränken. Die derzeit 136.000 Asylbewerber in dem Land sollten künftig nur noch ein Minimum an Geld und kaum Zugang zu Integrationsmaßnahmen erhalten. ♦ Das schwarzafrikanische Land **Niger** wird immer mehr zum Aufmarschgebiet für Auswanderer aus Afrika in Richtung Europa. Aktuell warten mindestens 300.000 Migranten in diesem Transitland auf den Weitermarsch (Flug?) in Richtung Europa. ♦ **Deutschland:** Rekord: Bereits vier Mal abgeschobener Intensivtäter reist mit **44. Identität** erneut ein. / Ab dem 1. August dürfen Migranten mit sogenanntem eingeschränkten Schutzstatus wieder Familienangehörige nach Deutschland holen – bereits

Zehntausende Migranten beantragen Familiennachzug. Der Asylberechtigte muß keinerlei Lebensunterhaltungspflicht und ausreichende Wohnmöglichkeiten für die Familienangehörigen nachweisen. Migranten, denen Asyl gewährt wurde, leben von Sozialhilfe und bekommen Wohnraum gestellt, der von den Kommunen bezahlt wird. Je mehr Kinder sie haben, desto mehr Kindergeld gibt es obendrein. Die Familienangehörigen müssen zudem keinen Asylantrag stellen. Sie dürfen einfach so einreisen und bleiben. **Schätzungen zufolge sollen 1 bis 3 Millionen Angehörige nachkommen** / Befinden sich Asylbewerber fünf Jahre im Land, können sie Daueraufenthalt beantragen. / Die AfD fragte bei der Bundesregierung an, weshalb subsidiär Schutzbedürftige aus Syrien nun nicht wieder in ihr Land zurückkehren müßten, jetzt, da der Krieg weitgehend beendet sei. Die Begründung der Bundesregierung: Der Rückgang der militärischen Auseinandersetzungen bedeute nicht das Ende des Konfliktes. **Erst wenn der syrische Machthaber Assad gestürzt worden sei, könne eine politische Lösung erzielt und die „Schutzbedürftigen“ zurückgebracht werden.** / Laut Bundespolizei ist jeder zweite Abzuschiebende am Tag der Rückführung weg = zwar mehr Bescheide, aber weniger Durchführungen. / Iraker mit 30 (!) Identitäten nicht abgeschoben – er steht jetzt wegen Mordversuch vor Gericht. / Bürgermeister von Köln, Düsseldorf und Bonn bitten Kanzlerin Merkel um Bootsflüchtlinge. / Deutsche Behörden geben Rückkehrwilligen ihre Pässe nicht zurück = Ausreise unmöglich. / Bundeskanzlerin **Angela Merkel (CDU) plant eine spontane Kurzreise nach Afrika.** Die Kanzlerin werde dabei **den Senegal, Ghana und Nigeria** besuchen, teilte das Kanzleramt am Donnerstag mit. Die Reise soll vom 29. bis 31. August stattfinden und nicht etwa der persönlichen Erholung der Kanzlerin gelten, versicherten Regierungskreise. Vielmehr stehe wohl das Thema der „Flüchtlingskrise“ auf dem Plan, doch **genaue Informationen enthält man den Bürgern selbstverständlich wieder einmal vor.**

EU • **Target2: Die Target2-Salden der Bundesbank sind auf ein neues Rekordhoch von 976 Milliarden Euro gestiegen. Richtig besorgt scheint deswegen aber niemand zu sein.** Dabei sollte man die Entwicklung nicht auf die leichte Schulter nehmen. **Fachleute rechnen mit dem Erreichen der Billionengrenze noch heuer.** Die wertlosen Target2-Forderungen **sind Vermögen der Bürger welches Ländern geliehen wurde, um den eigenen Export zu finanzieren.** Dies bedeutet nichts anderes, als daß ein beachtlicher Teil der deutschen Exporte auf dem Rücken der Bundesbank erfolgt. **Das Geld ist quasi schon jetzt verloren.** Der "Euro-Hüter" Mario Draghi sagt, daß **beim Austritt eines Landes aus der Eurozone die Target2-Forderungen zu begleichen sind.** Viel Spaß beim Eintreiben. *Aufgrund zahlreicher Anfragen und Nachbestellungen legen wir dieser Folge die Beilage Target2 nochmals bei.*

• **EZB:** Der Finanzwissenschaftler und Jurist Markus C. Kerber kritisiert, daß die **EZB ihr Anleihekaufprogramm auch in Zukunft weiterführen wird. Derzeit hält die Europäische Zentralbank Staatsanleihen der Euro-Länder im Umfang von rund 2,6 Billionen Euro** in ihren Büchern. Die EZB spreche, was etwaige

Zahlungsausfälle anbelange, von **rein „theoretischen Risiken.“** Tatsächlich zeige die Entwicklung, daß die EZB zur Gefangenen ihrer eigenen Politik geworden sei. Stoppe die EZB ihre Ankäufe und investiere sie die Einnahmen fällig werdender Anleihen nicht in den Kauf weiterer Anleihen, würden auf dem freien Markt die Zinsaufschläge steigen. Länder wie Italien (Spanien, Portugal, Griechenland) könnten dann Probleme bekommen, sich am Kapitalmarkt zu refinanzieren. **Ein Staatsbankrott sei dann nicht auszuschließen.**

• **Der US-Finanzkonzern und Vermögensverwalter BlackRock verwaltet weltweit 6.300 Milliarden Dollar Anlagekapital.** Mit dem Kapital seiner Kunden investiert BlackRock bei rund 17.000 Unternehmen als Großaktionär in Europa und den USA. **Jetzt hat BlackRock vor, Europas Pensionen zu privatisieren.** Der Gründer und Chef des Konzerns, Larry Fink meint, **Arbeitnehmer müßten dazu motiviert werden, am Aktienmarkt zu investieren, damit sie an Kapitalgewinnen beteiligt werden.** Die gesetzliche Rentengarantie sei zu beschränkt – nicht nur in Deutschland, sondern europaweit. Europäische Sparer hätten zu wenig Ahnung, wie man Geld gewinnbringend investiert und für die Zukunft plant. Das wolle er ändern, sagte Fink. **Fink**

forderte damit die politische Zustimmung der gesamten EU für seine Strategie. Parallel verzehnfachte BlackRock seine Ausgaben für EU-Lobbying von 150.000 auf 1,5 Millionen Euro pro Jahr. Kaum ein halbes Jahr später wurde in Brüssel vom Vizepräsident der EU-Kommission, der für die Regulierung der Finanzmärkte zuständig ist, ein Gesetzentwurf für ein „europaweites privates Altersvorsorgeprodukt“ vorgelegt. Europas Sparer sollen in die Rentenfonds des Finanzkonzerns investieren. Gewinngarantien waren darin jedoch nicht enthalten. Die Lobby-Arbeit von BlackRock dürfte dennoch fruchten. Denn der EU-Kommission geht es um die Öffnung eines neuen Marktes für die Finanzindustrie.

- Derivate: Politische oder wirtschaftliche Turbulenzen betreffen weltweit Derivate-Verträge im Wert dutzender Billionen. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) gibt den theoretisch ausstehenden Gesamtbetrag von Devisen-Derivaten, Zins-Derivaten, Aktien-Derivaten, Rohstoff-Derivaten und Credit Default-Swaps für das zweite Halbjahr 2017 mit etwa 550 Billionen Dollar an, wie aus verschiedenen Dokumenten hervorgeht. Der Brutto-Marktwert dieser Positionen wird von der BIZ mit „nur“ etwa 11,5 Billionen Dollar beziffert. Anderen Schätzungen zufolge beläuft sich der theoretische Wert der Derivatmärkte weltweit auf bis zu 1,2 Billionen Dollar. Weil es sich bei Derivaten um Spekulationen und Termingeschäfte auf andere Bezugsgrößen wie Währungen und Rohstoffe handelt, können Schwankungen in diesen Basiswerten zu hohen Verlusten oder Gewinnen im Derivatehandel führen. Über den genauen Umfang der meist im unregulierten Over the Counter-Handel (OTC) abgewickelten Spekulationen gibt es keine zuverlässigen Angaben.

- Bargeld: Die Bemühungen zur Abschaffung des Bargelds stocken, weil die Europäer nicht auf virtuelles Geld umsteigen wollen. In Europa steigt der Gebrauch von Münzen und Scheinen trotz mannigfaltiger Ansätze zur Einschränkung oder Abschaffung von Bargeld an. Wie der Guardian unter Bezug auf den G4S World Cash Report berichtet, erreichten die Barzahlungen im Jahr 2017 einen Anteil von 79 Prozent an allen Transaktionen. „Die Menschen vertrauen dem Bargeld: es ist frei verfügbar, vertraulich, es kann nicht von Hackern manipuliert werden und es funktioniert auch bei Stromausfall“, sagt einer der Autoren der Studie.

- Impfen: Weil europaweit die Impfungen sinken, wollen jetzt Europaabgeordnete etwas gegen die „Impfmüdigkeit“ der europäischen Bürger tun. Jede Impfung weniger sei ein Rückschritt. Deshalb sei der Vorschlag der EU-Kommission, Impfungen künftig europaweit zu koordinieren, begrüßenswert, meint der Europaabgeordnete Lukas Mandl (ÖVP). Gestartet werden soll mit europaweiten Impfkampagnen und einheitliche Regeln sollen die Dosierung und Häufigkeit der Impfungen festlegen. Die „irrationale Impfskepsis sei verstörend“, so Mandl. Sie entbehre jeglicher wissenschaftlicher Grundlage. Die EU habe angesichts der Ausbrüche von Masern Alarm geschlagen. Das Vertrauen der Menschen in Impfungen müsse wieder gefördert werden, hieß es folglich in dem Beschluß, den das Europaparlament in Straßburg im April 2018 fällte. Mitgliedstaat-

ten müßten dafür sorgen, daß „die Durchimpfungsrate“ über das Kleinkindalter hinausgehe und alle Bevölkerungsgruppen ein Leben lang Impfungen erhielten. Der Europapolitiker Sven Schulze (CDU) will sogar einen Schritt weitergehen. Er fordert, daß alle ungeimpften Kinder keinen Zugang mehr zu Kitas oder Schulen bekommen sollen.

- Zensur im EU-Parlament: Die Reden EU-Parlamentarier sind nicht mehr live! Grundlage ist die sogenannte Regel 165, die neu eingeführt worden ist. Die EU-Abgeordneten haben ihrem Parlamentspräsidenten Antonio Tajani die Macht erteilt, jederzeit die Liveübertragung einer Debatte zu unterbrechen. Zudem darf der Präsident künftig Video- oder Audiomaterial aus dem Parlamentsarchiv entfernen. Diese Maßnahmen gegen die freie Rede im EU-Parlament werden mit dem Kampf gegen einen vermeintlichen „Rassismus“ und gegen „Haßreden“ begründet. Mit anderen Worten: Bestimmte Reden werden nie wieder das Licht der Öffentlichkeit erblicken. Der betreffende Abgeordnete muß dann sogar noch mit einer Strafe in Höhe von 9.000 Euro rechnen. Interessanter Nebenaspekt: Die neue Regel 165 hat das Parlament bis heute nicht veröffentlichen lassen. Ein ausgesprochen brisanter Fall von Zensur und Machtfülle in den Händen des EU-Parlamentspräsidenten. Denn der kann demnach ja entscheiden, welche Rede als diffamierend, rassistisch oder jedenfalls strafbar gelten kann.

- Elektroautos: Mit ihren Vorgaben zwingt die EU die Auto-Industrie, die Elektro-Mobilität voranzutreiben. Ab dem Jahr 2020 müssen die europäischen Autobauer verschärfte EU-Vorgaben einhalten. Pro produzierten Pkw sind im Mittel nur noch 95 Gramm CO₂-Ausstoß pro gefahrenem Kilometer erlaubt. Liegt der Ausstoß höher, werden drastische Strafzahlungen fällig. Für die deutschen Unternehmen sind diese Vorgaben kaum einzuhalten. 95 Gramm CO₂-Ausstoß entspricht einem Verbrauch von etwa vier Litern auf 100 Kilometer. In vier der fünf größten europäischen Volkswirtschaften sind im ersten Halbjahr 2018 deutlich weniger Elektro-Autos verkauft worden als im gleichen Zeitraum des Vorjahrs. Auch die Verkäufe von Fahrzeugen mit Dieselantrieb gingen im ersten Halbjahr 2018 im Vergleich zum gleichen Zeitraum im Jahr 2017 zurück, und zwar um 18 Prozent. Der Verkauf von Benzinern stieg dagegen um 16 Prozent.

Rußland Moskau hat sich seit Mai von fast allen US-Staatsanleihen getrennt. Diese Entwicklung deutet das Ziel einer Liquidation der Bestände an. Noch im Dezember 2017 lag der Bestand bei 102,2 Milliarden Dollar, nun 14,9 Mrd. Dollar. In der aktuellen Liste ist Rußland nicht mehr unter den 33 größten Gläubigern der USA zu finden. Begründung von Präsident Putin: „Das Monopol des US-Dollar ist nicht verlässlich genug, es ist sogar für viele gefährlich.“

Die Goldkäufe in Rußland werden fortgesetzt. Im Juni sind die russischen Goldreserven nach offiziellen Angaben auf 62,5 Millionen Unzen angestiegen, berichtet Goldreporter.de. Demnach hat die Bank of Russia seit Januar 2018 mehr als 105 Tonnen Gold gekauft. Die Gesamtgoldreserven belaufen sich nach Angaben der Bank of Russia auf über 456 Milliarden US-Dollar.

Die **schwarze Apartheid unter der Herrschaft des postkommunistischen African National Congress (ANC)** treibt die Buren als die Nachkommen der niederländischen Farmer am Kap der guten Hoffnung aus ihrer angestammten Heimat. **400.000 Weiße leben in Townships unter ärmlichsten Bedingungen, immer mehr Farmer und ihre Familien werden von Schwarzen ermordet.** Nun könnten bis zu **15.000 südafrikanische Bauern nach Rußland kommen.** Dort warten über **43 Millionen Hektar ungenutztes**

In Kürze ♦ Obwohl das **Bienen- und Insektensterben** zu einem der größten Umweltprobleme unserer Zeit geworden ist, will der **Pharmakonzern Bayer, der den amerikanischen Agrochemie-Riesen Monsanto gekauft hat, neue Pestizide auf den Markt bringen.** Und zwar solche, die **Bienen und Insekten weiter gefährden.** ♦ Eines der größten Probleme bei der **Vermüllung der Weltmeere ist Plastik.** Es gibt bereits eine schwimmende Kunststoff-Insel, die so groß ist wie Deutschland und Frankreich zusammen. Doch das ist nur ein Bruchteil. **Die weit größeren Massen, darunter Billionen Mikroplastik-Partikel, treiben tiefer im Wasser.** **Forscher fanden in Wasserproben bereits bis zu sechsmal mehr Plastik als Plankton.** Folge: Viele Meereslebewesen sterben. Auch weil sich Umweltgifte an Plastikpartikeln ablagern. Der Mensch nimmt die Stoffe mit Fisch und Meeresfrüchten auf. **Auch Meersalz ist schon hochgradig mit Mikoplastik belastet.** ♦ Als am 25. Juli die israelische Hafenstadt Kinneret mit Raketen beschossen wurde, identifizierte Israel als **Urheber des Angriffs den IS, der Israel zu einem Angriff gegen Syrien verleiten wollte.** DEBKAFile wörtlich: „**Die List hat nicht funktioniert. Die israelische Armee identifizierte den IS als Quelle des Raketenbeschusses und schlug zurück.** ♦ **George Soros ist sauer.** Der *Washington Post* gegenüber lamentierte er, daß alles, was „hätte falsch gehen

Ackerland auf neue Bauern. In seiner Geschichte hat Rußland wiederholt fleißige Bauern und Handwerker ins Land gerufen – allen voran Deutsche.

Dagegen Merkel: Die Bundesregierung sieht trotz des praktizierten Völkermordes keinen Schutzgrund für weiße Südafrikaner. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der AfD hervor. Merkel bevorzugt Schwarze.

können“, auch genau in die falsche Richtung lief. **Trumps Sieg habe er nicht erwartet, war nicht geplant.** Von Donald Trump indes erwartet er nichts Gutes. Er kündigte an, er selbst wolle nun seine Hilfsaktivitäten noch einmal forcieren - mit Geld. **Wer oder was sich gegen Trump stellt, bekommt von ihm Geld in Millionenhöhe, kündigte er an.** Damit meinte er auch die sogenannten NGOs, die Nicht-Regierungs-Organisationen, von denen er auch bereits zahlreiche Gruppierungen unterstützt hatte, um Revolutionen auszulösen. ♦ **Amazon hat mit einem Gewinn von 2,5 Milliarden Dollar im vergangenen Quartal überrascht.** Alleine 2018 kletterte der Börsenwert des Unternehmens bisher um mehr als die Hälfte auf zuletzt **877 Mrd. Dollar** an. Damit ist der Onlinehändler nach Apple das zweitwertvollste börsennotierte Unternehmen der Welt. Mit dem Aufstieg Amazons wurde der Gründer und Unternehmenschef **Jeff Bezos der reichste Mann der Welt. Sein Vermögen, das sich vor allem aus Aktien des Unternehmens zusammensetzt, beträgt nach einer Aufstellung der Nachrichtenagentur Bloomberg rund 149 Milliarden Dollar.**

♦ **Hyperinflation.** In **Venezuela** könnte die **Inflation schon bald auf eine Million Prozent ansteigen.** Die sozialistische Regierung will deshalb fünf Nullen aus der Landeswährung streichen. Helfen wird es wenig.

Positives • Im Land der Kiwis und Hobbits wurde



eine Grundsatzenscheidung getroffen, **der andere folgen sollten. Neuseeland** entschied per Gesetz, was wir schon

lange wissen: **Tiere können Schmerz, Freude, Angst und Wohlsein empfinden. Sie sind kein Gegen-**

stand, welchen man nutzen kann, wie man möchte. Dieses bahnbrechende Urteil von Neuseeland ist das erste Mal, daß dieser Wandel in Wahrnehmung und Politik **auf alle Tiere** ausgedehnt wurde.

• **Frankreich** verpflichtet per Gesetz **Supermärkte, nicht verkaufte Lebensmittel und solche mit abgelaufenem Haltbarkeitsdatum an Hilfsorganisationen und Tafeln zu spenden.** Wie in Deutschland ist auch in Frankreich die außerstaatliche Versorgung Bedürftiger ein großes Thema. Bereits vor zwei Jahren trat das **Gesetz gegen die Verschwendung von Lebensmitteln** in Kraft. Supermärkte mit einer Fläche größer als 400 Quadratmeter dürfen keine noch eßbare Nahrungsmittel wegwerfen. Tun sie es dennoch, drohen ihnen Strafen bis knapp 4.000 Euro pro Verstoß.

Kein Witz! Wie weit Verbrecherfreundlichkeit gehen kann, erleben die Bewohner hautnah in europäischen Multikulti-Paradiesen. **Während in Schweden beispielsweise IS-Rückkehrer von den Behörden mit neuen Identitäten ausgestattet werden,** gilt die Sorge in Großbritannien der Sicherheit der Einbrecher. **In Großbritannien sollen Mieter ein Plansch Becken entfernen, da Einbrecher hineinfallen und ertrinken könnten.**

